

Zwei Erklärungen zu Nazis damals und heute

Die folgenden Erklärungen aus 2025 sollten beachtet werden. Dies gilt für die Aussagen zum Naziregime. Aussagen zum Zweiten Weltkrieg fehlen jedoch oder sind unzutreffend, soweit es die heutige Kriegsgefahr angeht. Die Zustimmung von Repräsentanten des Militärisch-Industriellen Komplexes – siehe z.B. Rheinmetall und MdB Kiesewetter - ist dafür kennzeichnend. Was die Haltung der AfD zum Krieg anbelangt, so wird diese in Ossietzky <https://www.ossietzky.net/artikel/einig-mit-der-afd/> und <https://www.ossietzky.net/artikel/kein-frieden-mit-der-afd/> korrekt dargestellt, nicht aber in der Erklärung der Plattform „CompassMitte“, die sich zudem zur Migrationspolitik der EU und zur russlandfeindlichen Nato-Politik bekennt, was entschieden abzulehnen ist. Zur Erklärung der Konzerne zum 8. Mai 2025 muss ergänzt werden: Sie sagt nichts aus zur Haltung der Wirtschaft zu Krieg und Rechtsruck heute. Tausende Firmen nähern sich derzeit den Profaschisten von der AfD durch Beseitigung der Brandmauer an (lt. Ruhr-Nachrichten vom 25.11.25).
Zugesandt von Ulrich Sander

Die Ruprecht Polenz-Initiative „Plattform Compass Mitte“ gegen die AfD

Dafür setzen wir uns ein:

1. Wir wollen eine CDU/CSU, der man das „C“ nicht nur in Sonntagsreden anmerkt. Durch eine wertebezogene Politik und unser Streben nach sozialer Gerechtigkeit müssen wir dem Anspruch unseres Parteinamens gerecht werden. Das „C“ bedeutet auch etwas für unseren Umgang mit dem politischen Gegner, für unsere politische Sprache und für den Stil unserer innerparteilichen Debatten.
2. Die CDU verstand sich nie als kirchliche Partei. Aber als „christlich-demokratisch“ kann sie nur glaubwürdig sein, wenn sie in einem

respektvollen und lernbereiten Dialog mit den Kirchen steht. Diese sind Entwickler und Hüter von Prinzipien, Normen und Tugendethos der christlichen Sozialethik. Kritik aus den Kirchen mit einem „interessiert nicht“ abtropfen zu lassen oder als übergriffig zu schulmeistern, ist einer Partei mit dem „C“ unwürdig. Vielmehr braucht die CDU Inspiration, Einspruch und Mitarbeit aus den Kirchen, um ihre Parteiidentität, ihre „Seele“ nicht zu verlieren.

3. Wir sind Christdemokraten. Die CDU ist keine konservative Partei. Die CDU vereint soziale, liberale und konservative Strömungen, denen das „C“ die Fließrichtung vorgibt. Das „C“ garantiert, dass das Liberale menschlich bleibt, das Soziale nicht in den Sozialismus führt und das Konservative nie in eine nationalistische, völkische, EU-feindliche Ideologie abgeleitet.

4. Die CDU ist in dem Wissen gegründet worden, dass Faschismus immer nur mit Hilfe von Konservativen an die Macht gekommen ist. Wegen ihrer konservativen Strömungen hat die CDU die besondere Verpflichtung, ihren Konservatismus, den unsere Demokratie braucht, klar abzugrenzen von Rechtsextremismus, der unsere Demokratie vernichten will. Diese Grenze muss von uns immer wieder ausbuchstabiert werden.

5. Es darf deshalb keinerlei politische Zusammenarbeit der CDU mit der rechtsextremistischen AfD geben.

6. Die AfD ist eine völkisch-nationalistische Partei. Für sie haben nicht alle Menschen die gleiche Würde. Die AfD steht an der Seite Russlands gegen die Ukraine und an der Seite von Trump gegen die Demokratie. Die AfD hat die CDU zu ihrem Hauptfeind erklärt. Der Verfassungsschutz stuft sie als gesichert rechtsextrem ein. Ihre Polarisierungsstrategie zielt gegen das soziale Kapital gegenseitigen Vertrauens, auf dem unsere Demokratie beruht. Deshalb behandeln wir die AfD mit zivilisierter Verachtung, bekämpfen sie politisch und stehen zum Beschluss des CDU-Bundesparteitags, der jegliche politische Zusammenarbeit mit der AfD ausschließt.

7. Das gilt für alle politischen Ebenen. Die CDU darf deshalb auch keine Anträge stellen, die nur mit Stimmen der AfD eine Mehrheit bekommen können. Dass die AfD demokratisch gewählt wird, macht sie nicht zu einer demokratischen Partei. In den Parlamenten stehen der AfD alle Rechte nach der Geschäftsordnung zu (Redezeiten, Ausschuss-Sitze), aber niemand ist gezwungen, einen Rechtsextremisten zum Ausschussvorsitzenden oder ins Parlamentspräsidium zu wählen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat einen Antrag auf Prüfung der Verfassungswidrigkeit und ggf. Verbot der AfD durch das Bundesverfassungsgericht stellen.

8. Wir stehen für Achtung und Respekt. Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich auch daran, wie sie mit Minderheiten umgeht. Wir stehen für Empathie, Inklusion, Integration und gegen Ausgrenzung. Es darf keine

Politik auf dem Rücken von Minderheiten geben.

9. Die Kontrolle von Migration ist eine wichtige, aber bei weitem nicht die wichtigste Aufgabe. Deutschland und Europa müssen sich in einer veränderten Weltordnung behaupten, in der die USA nicht mehr ohne weiteres an der Seite der Demokratien stehen. Es gilt, die russische Aggression gegen die Ukraine zu stoppen und Putin zu widerstehen, der den eurasischen Kontinent von Wladiwostok bis Lissabon unter russische Vorherrschaft bringen will. Wir müssen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Das erfordert auch ein starkes Europa. Deutschland muss hier, zusammen mit anderen, eine Führungsrolle übernehmen. Wir müssen unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig halten, obwohl neue Zölle und Handelsbarrieren den weltweiten Handel erschweren. Deutschland muss Industrieland bleiben. Die Überalterung unserer Bevölkerung bringt unsere sozialen Sicherungssysteme in Gefahr. Wir müssen die Demografieprobleme in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung endlich angehen. Deutschland braucht Einwanderung. Ohne Einwanderung verliert unser Land jährlich 1,5 Millionen Menschen.

10. Migration muss kontrolliert werden - vor allem an den Außengrenzen der Europäischen Union. Zum 40. Jahrestag des Schengen-Abkommens bekennen wir uns zu europäischer Freizügigkeit und offenen Grenzen. Der Umsetzung des vereinbarten EU-Pakets zu Asyl- und Migrationspolitik muss Vorrang eingeräumt werden vor unabgestimmten, nationalen Alleingängen. Europäisches Recht muss eingehalten werden.

11. Ein Zerfall der regelbasierten internationalen und multilateralen Ordnung erschwert den Kampf gegen die Erderhitzung zusätzlich. Trotzdem dürfen Deutschland und Europa nicht von ihren Anstrengungen ablassen, die Pariser Klimaziele zu erreichen, so gut es noch geht. Mit dem Konzept einer ökologischen, sozialen Marktwirtschaft kann die CDU Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit vereinen.

12. Es ist ein zentraler Auftrag des „C“, soziale Gerechtigkeit anzustreben. Dazu gehört eine Bildungspolitik, die Aufstieg ermöglicht, unabhängig von der Herkunft. In der Wirtschafts- und Steuerpolitik geht es nicht nur um die Förderung investitionsbegünstigender Rahmenbedingungen, sondern auch darum, dass die Beschäftigten davon profitieren und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Wir wollen, dass jeder sich mit Fleiß etwas aufbauen kann und dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu weit öffnet.

13. Die CDU ist nur dann eine Volkspartei mit Integrationskraft, wenn sie sich selbst breit aufstellt und ihre unterschiedlichen Strömungen zur Geltung bringt. Eine Verengung auf das Konservative steht dem entgegen. Entsprechend dem Grundgesetz-Auftrag, an der politischen Willensbildung der Bevölkerung mitzuwirken - nicht, sie zu ersetzen - muss sich die CDU als Plattform-Partei verstehen und gesellschaftliche Diskussionen anstoßen, um daraus zu

lernen.

14. In unserer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ist es legitim, sich zu organisieren, um Interessen gemeinsam zu vertreten. NGOs und Vereine bilden das Wurzelwerk unserer Demokratie. Steuerliche Begünstigung wegen Gemeinnützigkeit trägt dem Rechnung. Es entspricht dem Subsidiaritäts-Prinzip, wenn NGOs staatlich gefördert werden. Die 28,6 Prozent bei der letzten Bundestagswahl dürfen uns nicht zufriedenstellen. Es bedarf einer Kurskorrektur, damit die CDU mit 40 Prozent wieder die Ergebnisse einer Volkspartei erreicht. Deshalb muss der soziale und liberale Teil der Union sichtbarer werden, um mehr Menschen anzusprechen. Mit CompassMitte wollen wir einen Beitrag dazu leisten.

Erstunterzeichnerinnen & Erstunterzeichner

Dieter Breymann, CDU-Mitglied, Kulturpolitiker, Mitglied des Kreisvorstands CDU-Mönchengladbach, Landesvorstand KlimaUnion NRW, „CDU-Opa“

Frank Sarfeld, CDU-Mitglied seit 1980. Beisitzer CSU-Ortsverband Isarvorstadt/Gärtnerplatz München, stellv. Vorsitzender Berufsverband VK, Mitglied Kuratorium Bundesstiftung Magnus Hirschfeld; Politik- und Kommunikationsberater

Monica Wüllner, CDU Mitglied in Stuttgart seit 1990, Mitglied im CDU-Bundesvorstand, stv. Bundesvorsitzende der CDA

Alexander Heppe, CDU-Mitglied, stv. Kreisvorsitzender der CDU Werra-Meißner, Gründungspate KlimaUnion, cnetz, KPV, Bürgermeister der Kreisstadt Eschwege, ab 01.12.2025 Erster Beigeordneter des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Yasmin Sedighi Renani, CDU-Mitglied, 23 Jahre, Studentin, CDU-Stadträtin in Heidelberg

Jürgen Becker, CDU-Mitglied, CDU Siegburg, Kreistagsabgeordneter (bislang 22 Jahre), ehem. Stadtratsmitglied (1978-2025), ehem. Fraktionsvorsitzender (1984-2023), Staatssekretär a.D.

Luis H.B. Lohaus, CDU-Mitglied seit 2020, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU Düsseldorf, ehem. Vorsitzender und aktuell Fraktionsvorsitzender des RCDS Düsseldorf an der Heinrich-Heine-Universität

Max Prigge, CDU-Mitglied

Stephan Neher, CDU-Mitglied, Oberbürgermeister Rottenburg a.N.

Roderich Kieseewetter MdB, CDU Mitglied, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss

Dr. Christiane Diehl, Vorsitzende der Frauenunion Sachsen Anhalt, Mitglied im Landesvorstand der CDA Sachsen Anhalt, CDU-Bundesfachausschuss „Forschung, Innovation und neue Geschäftsmodelle“

Ruprecht Polenz, CDU-Mitglied, Münster, MdB (1994-2013), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses (2005-2013), Mitglied im Rat der Stadt Münster 1975-1994, CDU-Generalsekretär (2000), Ehrenvorsitzender der CDU Münster

Benedikt Groß, Stellv. Vorsitzender der CDU Bohnental, Mitglied im Bundesvorstand der CDA, ehem. Bundesvorsitzender der Jungen CDA, stellv. Landesvorsitzender der CDA Saar, Mitglied im Ortsrat von Lindscheid

Andreas Püttmann, Publizist, Bonn, Ex-CDU-Mitglied und Christdemokrat im Geiste

Luca Siepmann, CDU Mitglied seit 2017, Schriftführer CDU Eschwege, Stadtverordneter der Kreisstadt Eschwege seit 2022

Alexandra Schneider, CDU-Mitglied, Schriftführerin CDU Düren Süd, Schriftführerin der Kreis-Frauenunion Düren-Jülich, Beisitzerin FU Bezirk Aachen, Ko-Vorsitzende der KlimaUnion NRW

Bettina Heinrichs-Müller, CDU Mitglied, Siegburg, Diplom-Theologin

Anna Diegeler-Mai, CDU-Mitglied, stv. Vorsitzende CDU Siegburg, stv. CDA-Vorsitzende Rhein-Sieg-Kreis, Delegierte zum CDU Bundes- und Landersparteitag

Ilka Lochner, CDU-Mitglied seit 5/1995, Bürgermeisterin a.D., ehem. MdL, Politikwissenschaftlerin

Martina Bergmann, CDU-Mitglied, Kreisvorsitzende der FU Osnabrück-Land

Hans Wilhelm Reiners, CDU-Mitglied, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Mönchengladbach

Ursula Muranko, CDU-Mitglied, Mitglied im Rat der Stadt Siegburg (1999-2020), stv. Fraktionsvorsitzende

Marco Pusceddu, CDU-Mitglied, Beisitzer Kreisvorstand CDU Mayen-Koblenz, stv. Vorsitzender Gemeindeverband CDU Vallendar, stv. Vorsitzender Ortsverband CDU Urbar, Fraktionsvorsitzender der CDU im Verbandsgemeinderat Vallendar, stv. Fraktionsvorsitzender der CDU im Ortsgemeinderat Urbar

Uwe Schummer, CDU Mitglied, Willich, von 2002 bis 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages, Kreistagsabgeordneter CDU Viersen, Niederrhein

Heinz Peter van Doorn, CDU-Mitglied, langjähriges CDU-Ratsmitglied in Siegburg, CDA-Mitglied

Angelika van Doorn, CDU-Mitglied, langjähriges Mitglied im CDU-Vorstand Siegburg und der Frauenunion Siegburg

Franz Huhn, CDU-Mitglied, ehem. Bürgermeister in Siegburg (2004-2020), zuvor Vizebürgermeister (1994-2004), ab 1989 Ratsmitglied, jahrelang Vorsitzender CDU Stadtverband Siegburg, CDA-Mitglied

Michael Römer, CDU Mitglied, Mitglied im Rat der Stadt Siegburg

Andreas Funkenhauser, CSU Mitglied im Ortsverband Assling, früher JU Vorsitzender in Assling, Unternehmer

Paul Bögelein, CDU-Mitglied in Schwäbisch-Hall

Christian Pakusch, CDU-Mitglied, Bürgermeister der Stadt Willich

Erhard Buntrock, CDU-Mitglied, Geigenbaumeister, Beisitzer im Vorstand der CDU Wuppertal, bis 30.10. 25 Mitglied im Rat der Stadt, ab 01.11.25 Mitglied in der Bezirksvertretung Barmen in Wuppertal.

Timo Scheil, CDU-Mitglied seit 1989, Kommunikationsreferent

Erklärung deutscher Unternehmen zum 8. Mai 2025

Heute vor 80 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Dieser Tag ist ein Tag des Gedenkens an all die Menschen, die verfolgt und ermordet wurden, an die Verbrechen und Zerstörungen, an die weltweit mehr als 60 Millionen Toten.

Heute ist auch ein Tag, an dem wir uns fragen müssen, wie es dazu kommen konnte. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 wäre ohne das Versagen der damaligen Entscheidungsträger in Politik, Militär, Justiz und Wirtschaft nicht denkbar gewesen. Deutsche Unternehmen trugen dazu bei, die Herrschaft der Nationalsozialisten zu festigen. Auf ihren eigenen Vorteil bedacht, waren viele Unternehmen und ihre damaligen Akteure verstrickt.

Heute übernehmen wir als deutsche Unternehmen Verantwortung, die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit sichtbar zu machen. Denn diese Verbrechen mahnen uns, die Zerbrechlichkeit der Demokratie immer wieder zu erkennen. Gemeinsam treten wir ein gegen Hass, gegen Ausgrenzung und gegen Antisemitismus. Einen Schlussstrich darf und wird es mit uns nicht geben.

Der Sieg der Alliierten über die Nationalsozialisten hat einem ganzen Kontinent, der ganzen Welt Hoffnung gegeben. Der mit dem Ende des Kalten Krieges erreichte europäische Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit sind Errungenschaften, die wir gemeinsam schützen müssen. Demokratie lebt vom Mitmachen – und vom Widerspruch. Sie braucht Haltung und Mut. 1933 und danach waren zu viele still, haben weggesehen und geschwiegen. Daraus erwächst unsere Verantwortung – für die Vergangenheit, für die Gegenwart und für die Zukunft.

Björn Gulden, CEO, adidas AG | Oliver Bäte, CEO, Allianz SE | Martin Babilas, CEO, ALTANA AG | Markus Kamieth, CEO, BASF SE | Bill Anderson, CEO, Bayer AG | Vincent Warnery, CEO, Beiersdorf AG | Oliver Zipse, CEO, BMW Group | Christian Kohlpaintner, CEO, Brenntag SE | Bettina Orlopp, CEO, Commerzbank AG | Nikolai Setzer, CEO, Continental AG | Karin Rådström, CEO, Daimler Truck AG | Richard Lutz, CEO, Deutsche Bahn AG | Christian Sewing, CEO, Deutsche Bank AG | Stephan Leithner, CEO, Deutsche Börse AG | Tim Höttges, CEO, Deutsche Telekom AG | Tobias Meyer, CEO, DHL Group | Carl Oetker, persönlich haftender Gesellschafter der Dr. August Oetker KG | Leo Birnbaum, CEO, E.ON SE | Christian Kullmann, CEO, Evonik Industries AG | Stefan Klebert, CEO, GEA Group AG | Clemens Jungsthöfel, CEO, Hannover Rück SE | Dominik von Achten, CEO, Heidelberg Materials AG | Carsten Knobel, CEO, Henkel AG & Co. KGaA | Daniel Grieder, CEO, HUGO BOSS AG | Klaus Rinnerberger, CEO, LEONI AG | Carsten Spohr, CEO, Lufthansa Group | Alexander Vlaskamp, CEO, MAN Truck & Bus SE | Ola Källenius, CEO, Mercedes-Benz AG | Belén Garijo, CEO, Merck KGaA | Lars Wagner, CEO, MTU Aero Engines AG | Joachim Wenning, CEO, Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft | Lionel Souque, CEO, REWE Group | Armin Papperger, CEO, Rheinmetall AG | Stefan Hartung, Vorsitzender der Geschäftsführung, Robert Bosch GmbH | Norbert Rollinger, CEO, R+V Versicherung AG | Markus Krebber, CEO, RWE AG | Klaus Rosenfeld, CEO, Schaeffler AG | Torsten Derr, CEO, Schott AG | Roland Busch, CEO, Siemens AG | Christian Bruch, CEO, Siemens Energy AG | Bernd Montag, CEO, Siemens Healthineers AG | Jochen Burg, CEO, SMS group GmbH | Miguel Ángel López Borrego, CEO, thyssenkrupp AG | Nicola Leibinger-Kammüller, CEO, TRUMPF SE + Co. KG | Michael Lewis, CEO, Uniper SE | Oliver Blume, CEO Volkswagen AG und Porsche AG | Rolf Buch, CEO, Vonovia AG | Christian Hartel, CEO, Wacker Chemie AG

Quelle: FAZ, 7.5.2025